

Viel Ärger um ungedeckte Fixkosten

Corona-Hilfen Die nachträgliche Änderung der Fördervoraussetzungen sorgt für Unverständnis bei Betroffenen und Steuerberatern, die davon ebenso überrascht wurden. Vielen Firmen drohen hohe Rückzahlungen. *Von Kerstin Dorn*

Es hört sich klar und einfach an, wenn Wirtschaftsminister Peter Altmaier vor die Kameras tritt und die Coronahilfsmaßnahmen verkündet. Dass es alles andere als einfach ist, haben alle erfahren, die ihren Betrieb ganz oder teilweise schließen mussten und jetzt auf Fördergelder warten.

Alles andere als einfach ist es aber auch für die Steuerberater, ohne die seit dem zweiten Lockdown gar nichts mehr geht. Über Nacht wurden sie ungefragt in eine Rolle gedrängt, die sie sich so nicht ausgesucht haben. „Wir fühlen uns einerseits als verlängerter Arm der Behörde und wurden andererseits in die Rolle des Subventionsberaters oder des Spezialisten in Pfändungsfragen gedrängt“, sagt Hartmut Maurer, Steuerberater und Partner in der Steuerkanzlei LHM in Crailsheim. Doch damit nicht genug: Es kommt noch eine weitere Rolle dazu, die ihm noch weniger behagt: die des Überbringers schlechter Nachrichten.

Nachträgliche Änderungen

In diese Rolle müssen er und seine Kollegen seit Mitte Dezember allzu oft schlüpfen. Genau seit jenem Tag, an dem das Bundeswirtschaftsministerium still, leise und vor allem nachträglich den FAQ-Katalog zur Überbrückungshilfe II änderte. Seitdem sorgt das Reizwort „ungedekzte Fixkosten“ für gehörig Ärger unter den Betroffenen. Es geht um viel Geld, was einigen Firmen nach den bis dahin geltenden Regeln zustand, bewilligt und zum Teil auch ausbezahlt wurde, und das nun ganz oder anteilig zurückgezahlt werden muss.

Jürgen Hußenöder, Steuerberater und Partner bei LHM, macht an einem vereinfachten Beispiel deutlich, worum es geht: Ein Unternehmen nimmt statt des normalen Umsatzes coronabedingt monatlich nur 100 000 Euro ein.



Auch zur sogenannten Rush Hour ist die Crailsheimer Lange Straße menschenleer. Die Situation hat etwas Gespenstisches: Normalerweise würden die Menschen jetzt auf Schnäppchenjagd in den Einzelhandelsgeschäften gehen. *Foto: Kerstin Dorn*

Es hat dafür 30 000 Euro Wareneinsatz-, 20 000 Euro Personal- und 40 000 sonstige Fixkosten und erwirtschaftet einen Gewinn von 10 000 Euro. Bis Dezember konnte dieses Unternehmen aufgrund seines hohen Umsatzeinbruchs Überbrückungshilfe II in Höhe von 90 Prozent der Fixkosten

„Die rückwirkende Änderung von Anspruchsvoraussetzungen für Hilfgelder ist ein No-Go.“

Jürgen Hußenöder
Steuerberater

benutzen und mit Erstattungen von rund 36 000 Euro monatlich rechnen. Seit Mitte Dezember geht es leer aus, weil es keinen Verlust gemacht hat. Das heißt, der Inhaber dieser Firma muss, sofern er die 144 000 Euro bereits erhalten hat, die komplette Summe zurückzahlen. „Das ist kein Einzelfall unter unseren Mandanten und das Schlimme ist, dass wir nichts dagegen tun können“, sagt Hartmut Maurer, dem das ziemlich an die Nerven geht, weil an dieser Entscheidung oft Schicksale hängen. Maurer ärgert sich noch über weit mehr: über handwerkliche Fehler bei der Programmierung der Anträge, über

schwammige Begriffsabgrenzungen und unsaubere Definitionen in den FAQ.

Dabei ist die nachträgliche Änderung der FAQ nicht der einzige Aufreger, den die Steuerberater ausbaden müssen: Ein anderes Problem sei die willkürliche Festsetzung von Anspruchsvoraussetzungen für die Förderfähigkeit. „Nur wer einen Umsatzrückgang von mindestens 30 Prozent zum Vorjahresmonat nachweisen kann, sei überhaupt anspruchsberechtigt. Wer „nur“ 29 Prozent weniger Einnahmen verkräften musste, geht komplett leer aus“, erklärt Maurer. Auch sogenannte Mischbetriebe gehören zu den Verlierern der jüngsten Änderungen, soweit ein begünstigter Betriebsteil nicht mindestens 80 Prozent des Umsatzes des gesamten Unternehmens ausmacht.

„Wir sind ein relativ großes Team. Wir beraten nach neuestem Wissensstand. Und dann passiert es, dass wir unsere eigenen Bescheide ändern müssen“, ärgert sich Hartmut Maurer. Denn er weiß, dass an der Art und Weise, wie der derzeit noch vorhandene Spielraum kreativ und legitim ausgeweitet werden kann, unter Umständen die Existenz einer ganzen Firma hängt. „Die Hilfspakete sind begrüßenswert und notwendig. Um so wichtiger wäre eine gute Vorbereitung und Kommunikation mit einer zügigen unbürokratischen Umsetzung.“

Unterschiedliche Behandlung der Beihilfen

Die geänderte „Kleinbeihilfe Bund“ zu der die November- und Dezemberhilfe, die Soforthilfen des Bundes, die Überbrückungshilfe I, KfW-Schnellkredite, deren Darlehensbeträge als Subvention gelten,

und die KfW-Unternehmenskredite mit mehr als sechs Jahren Laufzeit zählen. Sie sind vom Verlustvorbehalt ausgeschlossen. Ärger gibt es bei der Fixkostenhilfe 2020, die bei Umsatzeinbußen von

mindestens 30 Prozent beantragt werden kann. Dazu zählen die Überbrückungshilfe II in vollem Umfang und die Novemberhilfe III unter bestimmten Voraussetzungen. Hier gilt der Verlustvorbehalt.

Sparkasse will CO₂-neutral werden

Nachhaltigkeit Das Haller Geldhaus unterzeichnet eine Verpflichtung, die sich auf das Institut selbst und dessen Angebote bezieht.

Schwäbisch Hall. Die Sparkasse Schwäbisch Hall-Crailsheim verpflichtet sich, ihren Geschäftsbetrieb CO₂-neutraler zu gestalten, Finanzierungen und Eigenanlagen auf Klimaziele auszurichten und gewerbliche wie private Kunden bei der Transformation zu einer klimafreundlichen Wirtschaft zu unterstützen.

Erderwärmung begrenzen

„Wir wollen unser Nachhaltigkeitsengagement nachvollziehbar und transparent machen. Unsere Kunden sollen wissen, dass sie bei ihrer Sparkasse Angebote zur nachhaltigen Finanzierung bekommen und dass auch die Sparkasse selbst immer nachhaltiger wird“, sagt Thomas Lützelberger (Foto), Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Schwäbisch Hall-Crailsheim.

Ausgangspunkt der Selbstverpflichtung ist das Pariser Klimaschutzabkommen. Darin setzen sich Staaten weltweit das Ziel, die Erderwärmung im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter auf deutlich unter zwei Grad Celsius zu begrenzen – möglichst sogar auf 1,5 Grad Celsius.

Öko-Grundlagen schützen

„Wenn wir als Gesellschaft weiter selbstbestimmt leben wollen, dann müssen wir auch die ökologischen Grundlagen unseres Zusammenlebens schützen. Und zwar jetzt – nicht erst morgen“, so Lützelberger.

Die kommunalen Träger der Sparkasse Hall-Crailsheim begrüßen die Initiative des Vorstands. „Es ist unternehmerisch sinnvoll, ökologisch zu denken. Es ist sozial verantwortlich, natürliche Lebensgrundlagen zu schützen“, bekräftigt Landrat Gerhard Bauer, Vorsitzender des Verwaltungsrats der Sparkasse. „Eine gute Balance aus ökologischer, sozialer und unternehmerischer Nachhaltigkeit passt sehr gut zur Sparkasse und kann vor Ort viel bewirken.“

Unternehmen unterstützen

Laut den Pariser Klimazielen ist die Fähigkeit, mit Veränderungen des Klimawandels besser umgehen zu können, genauso wichtig wie die Verringerung von Treibhausgasemissionen. „Unternehmen, die bei diesem Wandel noch am Anfang stehen, wollen wir bei ihren Anpassungsinvestitionen gezielt unterstützen“, erläutert Lützelberger. „Auch unsere privaten Kunden können konkret etwas tun, indem sie nachhaltige Wertpapiere aus unserem Portfolio, wie zum Beispiel unseren hauseigenen Aktienfonds den WeltInvest Nachhaltigkeit, in ihrer Anlageentscheidung berücksichtigen und so eine nachhaltige Entwicklung der Wirtschaft stärken.“

Mit dem „Partnercheck“ zum Sieg

Auszeichnung Das Holzbauunternehmen Schlosser aus Jagstzell erhält den „Nobis“-Arbeitsschutzpreis.

Jagstzell. Schlosser Holzbau wurde mit dem „Nobis“-Arbeitsschutzpreis in der Kategorie „Handwerk“ ausgezeichnet. Vergeben wurde der Preis vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau des Landes Baden-Württemberg erstmalig an kleine und mittlere Unternehmen. Mit der Auszeichnung wird vorbildliches Engagement im Bereich der Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten bei der Arbeit anerkannt. Es waren Bewerbungen für insgesamt fünf Kategorien möglich.

Gegenseitige Kontrolle

Das Familienunternehmen mit seinen rund 80 Mitarbeitern freut sich über den ersten Platz. Geschäftsführer und Firmengründer Josef Schlosser nahm die Auszeichnung live per Video-Konferenz



Arbeitsministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut vergab die Preise in einer Online-Veranstaltung. Den ersten Platz in der Kategorie „Handwerk“ nahm Josef Schlosser virtuell entgegen. *Foto: Franziska Krauffmann*

von Arbeitsministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut entgegen, die das besondere Engagement des Unternehmens lobte.

Die Firma überzeugte mit dem „Schlosser-Partnercheck“. Es entstamme dem Prinzip des gegenseitigen Absicherns im Klettersport, heißt es in einer Pressemitteilung des Unternehmens. „Wenn Kollegen gegenseitig Gurtverschlüsse kontrollieren und Sicherungsgerät prüfen, können Arbeitsunfälle vermieden werden. Unsere Zimmerer arbeiten teilweise in großen Höhen – da ist doppelte Sicherheit oberstes Prinzip“, ist Josef Schlosser überzeugt. Das Preisgeld in Höhe von 5000 Euro soll weiteren Konzepten und Innovationen für die Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz bei Schlosser Holzbau zugutekommen.

Firmenchef wird 60 Jahre alt

Rosenberg. Josef Otto Rettenmaier feierte vergangenen Freitag seinen 60. Geburtstag. In bereits vierter Generation prägt er die Entwicklung der weltweit aktiven Firma JRS (J. Rettenmaier & Söhne). Nach dem Studium der Verfahrenstechnik und Wirtschaft in Deutschland und den USA ist Rettenmaier bereits seit mehr als 30 Jahren im Unternehmen tätig. Insbesondere die internationale Expansion mit mittlerweile mehr als 3500 Mitarbeitern an mehr als 90 Produktions- und Vertriebsstandorten rund um den Globus liegt ihm dabei am Herzen. Die JRS-Pflanzenfaser-Technologie



kommt heute in nahezu allen Bereichen der modernen Industrie zum Einsatz, zum Beispiel im Bereich der Gesundheit und Ernährung. In der Verantwortung als großer Arbeitgeber und Ausbildungsbetrieb in der Region engagiert sich JRS in der dualen Berufsausbildung und zukunftsfähigen Studienkooperationen. Josef Otto Rettenmaier nimmt zudem verschiedene ehrenamtliche Aufgaben, zum Beispiel im Gemeinderat Rosenberg, wahr.

Betriebstreue 25 Jahre bei Würth Elektronik

Rot am See. Bei der Firma Würth Elektronik gibt es ein Arbeitsjubiläum zu feiern: Manuel Güttler ist seit 25 Jahren im Unternehmen beschäftigt. Seine Karriere begann im Februar 1996. Seitdem ist er in der IT-Abteilung tätig und deshalb ein gefragter Ansprechpartner rund um Software und Programmierung. „Sein Fachwissen, sein Engagement und seine freundliche Art werden bei den Vorgesetzten und Mitarbeitern besonders geschätzt“, teilt das Unternehmen mit.

Zu wenig Schutzmasken für Reinigungskräfte

Region. Nach Einschätzung der Industriegewerkschaft Bau-Agrar-Umwelt (IG BAU) stehen einem Großteil der rund 1000 Reinigungskräfte im Kreis Schwäbisch Hall kostenlose Atemschutzmasken nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung. Daher ruft die IG BAU Stuttgart die Reinigungsfirmen in der Region dazu auf, umgehend für ausreichend Atemschutzmasken zu sorgen, am besten nach dem FFP2-Standard. Aus Sicht der Gewerkschaft muss für das Tragen der Atemschutzmaske zudem der Erschwerzuschlag im Rahmen-tarifvertrag gezahlt werden.



Gebäudereiniger leisten einen Beitrag gegen die Infektionsgefahr. Dennoch bleiben sie oft auf den Kosten für den eigenen Gesundheitsschutz sitzen, bemängelt die IG BAU. *Foto: IG BAU*